



Bundestagswahl: Wenig Lärm um nichts?

- Der Befund ist erfreulich: Deutschland und den Deutschen geht es gut. Zu verdanken ist das Maßnahmen, die in der Vergangenheit ergriffen wurden. Doch auch für die Zukunft müssen die Weichen richtig gestellt werden.
- Wir machen eine Bestandsaufnahme dessen, was an Politikmaßnahmen hilfreich sein könnte und schauen, was auf Basis der Wahlprogramme wahrscheinlich ist.
- Tatsächlich gibt es durchaus einige Überlappungsbereiche zwischen den Parteien, sodass Kompromisse gefunden werden können. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Entlastung des Wohnungsmarktes und zur Umverteilung der Belastungen im Steuertarif.
- Das bestätigt den alten Grundsatz: In guten Zeiten bleibt alles beim Alten. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die Bundestagswahl ein Nicht-Ereignis.

Die heiße Wahlkampf-Phase in Deutschland ist eröffnet. Im wirtschaftlich größten Land der Eurozone wird gewählt, und die Aufmerksamkeit hält sich in Grenzen. Ganz anders war das in diesem Jahr doch, als die Niederländer und die Franzosen zur Wahlurne gerufen worden waren. Derart spannungsgeladen ist die Wahlentscheidung in Deutschland wohl kaum. Wirtschaftlich läuft es hierzulande gut – die Arbeitslosigkeit ist auf dem tiefsten Niveau seit der Wiedervereinigung. Vor diesem Hintergrund zeigt sich in den Meinungsumfragen auch nur wenig Wechselstimmung. Bei den großen wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatten um Wachstum vs. Verteilung oder Effizienz vs. Gerechtigkeit muss man schon genau hinsehen, um die alternativen Konzepte der Parteien auszumachen. Genau das haben wir gemacht, um die folgenden Fragen zu beantworten: Wo liegen die Vorhaben, mit denen die Parteien bei den Wählern punkten wollen? Und sind dies Reformvorhaben, die diesen Namen verdienen, also die ökonomische Substanz Deutschlands verbessern können?

Politischer Handlungsbedarf

Wahlkampfzeiten sind die Zeiten, in denen wirtschaftspolitische Maßnahmen angekündigt und Wohltaten versprochen werden. Handlungsbedarf gibt es genug, auch in Deutschland und auch trotz der exzellenten konjunkturellen Entwicklung. Diese ist nicht in erster Linie das Ergebnis jüngerer wirtschaftspolitischer Weichenstellungen, sondern stärker die Folge der Agenda 2010-Reformen und vor allem vorausschauender unternehmerischer Entscheidungen. Unabhängig von der internen Debatte konzentrieren wir uns beim wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf hier auf internationale Vergleiche zu wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wie etwa die Wettbewerbsfähigkeitsanalyse des Weltwirtschaftsforums. Die gute Nachricht ist, dass nach der jüngsten Erhebung Deutschland die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft der Eurozone ist (Global Competi-

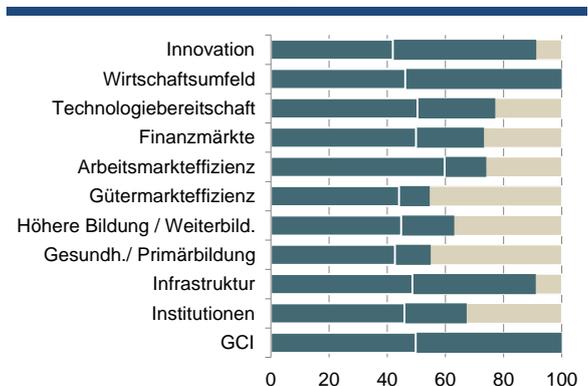
veness Index GCI, vgl. Abb 1). Gleichzeitig zeigt sich aber, dass in vielen Bereichen weiterhin Handlungsbedarf besteht. Im Vergleich mit den anderen Ländern des Euro-Raums (Bestmarke jeweils 100, vgl. Abb. 1) bescheinigt das Weltwirtschaftsforum Deutschland Defizite in den Bereichen Bildung, Güter- und Arbeitsmarkteffizienz. Das Defizit im Bereich Institutionen kommt vor allem aus Sicherheitsaspekten (Terror, organisierte Kriminalität, Verbrechen/Gewalt) und sogar aus dem Themenfeld „unregelmäßigen Zahlungen/Bestechung“. Im Bereich Finanzmärkte werden u.a. die Regulierung und die Konstitution der Banken bemängelt.

Im Folgenden greifen wir einige „Problemzonen“ der deutschen Volkswirtschaft heraus, bei denen es sich lohnen würde, in der kommenden Legislaturperiode Hand anzulegen und/oder die in den Wahlprogrammen aufscheinen.

Bildung

Dafür, dass Deutschlands wichtigster „Rohstoff“ die Bildung ist, geht man nicht nur nach Ansicht der Beobach-

Abb. 1 Wettbewerbsfähigkeitsindikator



100: Optimum in der Eurozone. Blaue Balken: Deutschland. Weißer Strich: Eurozone-Mittelwert; GCI: Global Competitiveness Index; Quellen: WEF, DekaBank



ter vom Weltwirtschaftsforum viel zu nachlässig damit um. Angefangen bei den sprichwörtlich gewordenen dringenden Sanierungsarbeiten an Schulen, deren digitaler Ausstattung über einheitliche Bildungsstandards bis hin zu den pädagogischen Konzepten gibt es vieles zu tun. Klar scheint, man muss Geld in die Hand nehmen und in Bildung investieren. So gibt es in der Eurozone nur drei Länder, die gemessen an der Wirtschaftsleistung weniger in die Bildung investieren. Auch klar ist jedoch: Nicht alle Probleme lassen sich mit Geld lösen. Die richtigen Bildungskonzepte sind gefragt.

Arbeits- und Gütermärkte

Angeichts der guten derzeitigen Arbeitsmarktlage in Deutschland überrascht der Problembefund. Doch nimmt man die Regulierungsindikatoren der OECD zum Maßstab, so ist der deutsche Arbeitsmarkt bei permanenten Beschäftigungsverhältnissen der am stärksten regulierte in Europa. Ferner gibt es nach OECD-Einschätzung Deregulierungsbedarf vor allem im Dienstleistungsbereich.

Staatsfinanzen

Im Bereich der Finanzpolitik sind in den letzten Jahren große Erfolge erzielt worden. So konnte die Schuldenstandsquote des Staates von 81 % im Jahr 2009 auf 68 % im vergangenen Jahr verringert werden, und der Maastricht-Grenzwert von 60 % ist nun in greifbarer Reichweite. Natürlich gab es viel Rückenwind durch die gute Konjunktur und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Doch obwohl das für viele Länder zutraf, gelang dieser Erfolg nur wenigen. Die Frage der deutschen Verantwortung für die gesamteuropäische Nachfrage ist vor dem Hintergrund des Aufschwungs im gesamten Euroraum etwas in den Hintergrund getreten. Auch in Deutschland kommt ein großer Teil der Haushaltsentlastung aus den ultraniedrigen Zinsen. Daher sind mögliche Spielräume im Haushalt nur so lange vorhanden wie Zinstief und Konjunktur noch anhalten.

Steuerentlastungen

Schon im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes waren Steuererleichterungen ein beherrschendes Thema. Tatsächlich hat die sogenannte „Kalte Progression“ (Steuererhöhungen infolge von Inflation) dazu geführt, dass der Spitzensteuersatz inzwischen schon von gut verdienenden Facharbeitern erreicht werden kann. So griff der Spitzensteuersatz Ende der Fünfzigerjahre beim 20-fachen des durchschnittlichen Bruttojahresverdiensts, aktuell ist er schon beim 1,2-fachen erreicht. Auch die Ökonomen-Zunft sieht das so: In einer Umfrage des ifo-

Instituts halten 69 % der befragten Ökonomen die aktuelle Einkommensgrenze des Spitzensteuersatzes (53.665 € jährliches zu versteuerndes Einkommen) für zu gering. Um künftig diese Effekte der kalten Progression zu vermeiden wird oftmals der „Tarif auf Rollen“ empfohlen, bei dem die Tarifstufenuntergrenzen mit der Inflation angehoben werden. Jenseits dieser Problematik müssen auch Entscheidungen über den aus der Zeit der Wiedervereinigung stammenden Solidaritätszuschlag getroffen werden.

Investitionen

Alle Wahlen wieder wird das hohe Lied auf die Investitionen gesungen. Doch mit gleicher Regelmäßigkeit geraten diese Vorhaben nach den Wahlen schnell wieder in Vergessenheit. Anders lässt es sich jedenfalls nur schwer erklären, dass seit 2004 mit Ausnahme der Konjunkturpakete in der globalen Finanzkrise die (Brutto-) Investitionen des Staates geringer als die Abschreibungen waren. Anders formuliert, man lebte von der Substanz. Inzwischen ist der Investitionsbedarf kaum mehr zu übersehen: Der Zustand von Straßen, Brücken, Schienenwegen, Schulen, digitaler Infrastruktur... gibt Zeugnis vom Nachholbedarf.

Soziale Sicherung

Die demografische Entwicklung schlägt unbarmherzig und unaufhaltsam zu. Mit der abnehmenden Arbeitsbevölkerung und der zunehmenden Anzahl zu versorgender Menschen drohen unsere sozialen Sicherungssysteme überlastet zu werden. Letztlich muss klar sein, dass es einen Zielkonflikt zwischen der Stabilität der Beiträge, der Lebensarbeitszeit und des Leistungsniveaus von Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungen gibt. Wohltaten können etwa kaum durch das staatliche Rentensystem getragen werden, sondern müssen steuerfinanziert werden. Demografische Zeitbomben ticken nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch in anderen Bereichen wie der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Gelegentlich wird für die Krankenversicherung eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und -geber gefordert. Dies mag dem ursprünglichen Gedanken der Sozialversicherung näher kommen und auch gerechter erscheinen. Letztlich sollte man aber das seinerzeitige Ziel der Fixierung des Arbeitgeberanteils mit im Blick behalten: Es ging darum, den Faktor Arbeit nicht immer teurer und damit unattraktiver werden zu lassen. Firmenabwanderungen und Automatisierungen waren und sind zu befürchten. Die ebenfalls diskutierte Bürgerversicherung könnte je nach Ausgestaltung Vorteile



bringen. So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schon 1996 in seinem Jahresgutachten ein Modell vorgeschlagen, in dem die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen gemeinsam um alle Versicherungsnehmer konkurrieren.

Wohnungen

Eine immer größere Zahl von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten, ein zunehmender Flächenbedarf und der Zuzug in die Städte verschärfen seit Jahren die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Das Angebot hält mit der Nachfrage nach Wohnraum nicht Schritt. Die Folge sind kräftig steigende Mieten und Immobilienpreise, letzteres unterstützt durch das Niedrigzinsumfeld. Um die geplagten Mieter/Käufer von Immobilien zu entlasten sind Maßnahmen wie Baugeld, Wohngeld oder auch Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer im Gespräch. Da dies nichts am zu geringen Angebot ändert, dürften weiter steigende Preise die einzige Folge solcher Maßnahmen sein. Dagegen sind aus unserer Sicht Verbesserungen der Angebotsbedingungen durch steuerliche Anreize, das Ausweisen von Bauland oder verstärkter sozialer Wohnungsbau die angemesseneren Instrumente.

Europa

Mit der Entscheidung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union steht auch Europa vor einem Umbruch. Nicht nur dass der Austritt verhandelt und gestaltet werden muss. Es bietet sich nun auch die Möglichkeit an, Europa weiterzuentwickeln. Die Chancen hierfür stehen auch deshalb gut, weil die für Europa so wichtigen deutsch-französischen Beziehungen mit der Wahl Macrons zum neuen französischen Präsidenten eine entscheidende Verbesserung erfahren haben. Mittlerweile ist die politische Bereitschaft gestiegen, innerhalb der Währungsunion finanzielle Solidarität zu üben. Von der nächsten Bundesregierung muss zusammen mit den europäischen Partnerländern die schwierige Frage beantwortet werden, wie diese Bereitschaft praktisch umsetzbar ist.

Was könnte nach der Bundestagswahl kommen: Die Prioritätenliste der deutschen Politik

Um abzuschätzen, was an politischen Weichenstellungen nach der Bundestagswahl kommen wird, haben wir die Wahlprogramme der Parteien studiert und versucht, die unterschiedlichen Ausmaße von politischer Unterstützung für verschiedene Maßnahmen zu bestimmen. Maßnahmen, die in den Wahlprogrammen explizit be-

fürwortet werden, haben wir eine Umsetzungswahrscheinlichkeit bei Regierungsübernahme von 100 % zugewiesen, Maßnahmen die komplett abgelehnt werden von 0 %. Im Zwischenbereich haben wir aus indirekten Ausführungen oder aus anderen Aussagen darauf geschlossen, ob die Vorhaben eher unwahrscheinlich (25 %), eher wahrscheinlich (75 %) oder unklar (50 %) sind. Diese Wahrscheinlichkeit haben wir mit der aktuellen Zustimmung für die Parteien gewichtet und zusammengefasst. Heraus kommt eine Reihung von politischen Projekten nach Zustimmung im Parteien- und Wählerspektrum (Abb. 2 und Abb. 3).

An erster Stelle der wirtschaftspolitischen Prioritäten in diesem Wahlkampf stehen derzeit die Erhöhung des Wohngeldes sowie die Erhöhung von Investitionen in die deutsche Infrastruktur (Abb. 3). Auch der Mindestlohn hat sich nach seiner umstrittenen Einführung in der Beliebtheitsskala nach vorne gekämpft: seine Beibehaltung (oder sogar Erhöhung) ist unbestritten. Unter den Top-Ten dieser Prioritätenliste finden sich ferner drei Steuererhebungsmaßnahmen (Abschaffung der Abgeltungsteuer, die Erhöhung der Reichensteuer und die Finanztransaktionsteuer). Die Senkung der Grunderwerbsteuer und der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus (Plätze 4 und 5) unterstreichen die Bedeutung des Wohnens in einer Zeit, die insbesondere in den Ballungsgebieten von Knappheit bei bezahlbarem Wohnraum gekennzeichnet ist.

Chancenlos sind dagegen die Einführung einer Vermögensteuer, die Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Einführung einer Bürgerversicherung bei Rente oder Gesundheit. Alle Vorhaben rangieren unter den letzten fünf Positionen der Prioritätenliste. Ein Austritt aus der Währungsunion oder die Neuverhandlung der europäischen Verträge hat es durch die AfD bzw. die Linken mittlerweile immerhin in die Liste der möglichen Politikoptionen in Deutschland geschafft, die Vorhaben sind aber mangels Unterstützung zurzeit ebenfalls unrealisierbar. Das Thema der Asylobergrenze nimmt nur den viertletzten Rang ein, eine Beschleunigung von Abschiebungen sowie eine konsequentere Abschiebepaxis stehen dagegen auf den Plätzen 14 und 15 hoch in der Priorisierung der Politikagenda. Und am unbeliebtesten sind gegenwärtig Senkungen bei der Mehrwertsteuer: dass etwa Leistungsbilanzüberschüsse durch mehr Konsum im Inland korrigiert werden sollten, verfährt bei den politischen Parteien überhaupt nicht.

Schaut man sich die Absichten und ihre Realisierungschancen insgesamt nach **Politikbereichen** an, deutet sich ein grundsätzliches „weiter so“ an. Anpassungen



zur Korrektur von aufgelaufenen Schief lagen bei der Steuerbelastung der privaten Haushalte in der Mittelschicht, mehr Infrastrukturinvestitionen und Hilfen fürs Wohnen dominieren das Wahlkampf-Feld und entsprechen den aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten. Im Sozialsystem wird sich wenig bewegen: Bei guter Konjunktur sind die gegenwärtigen Leistungsniveaus mit den gegenwärtigen Beiträgen locker zu finanzieren. Der demografische Druck hat noch zu wenig eingesetzt, um Grundsatzfragen stellen zu müssen. Allerdings muss man feststellen, dass teure Programme zum weiteren Ausbau des Sozialsystems ebenfalls nicht zur Debatte stehen. Wenn hier Maßnahmen geplant sind, dann sind es solche zur Förderung von Familie und Bildung, wie etwa die Abschaffung der Kita-Gebühren oder die Erhöhung des Bafög. Das gleiche gilt für den Arbeitsmarkt, der bei rekordhoher Beschäftigung und rekordniedriger Arbeitslosigkeit anscheinend wenig Problemräume lässt, auch nicht für die teilweise geführten Debatten über Struktur und Qualität von Arbeitsplätzen.

Viel Einigkeit besteht in Fragen der **Steuerpolitik**: Es sieht sehr danach aus, dass die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz gilt, erhöht wird und dass der Solidaritätszuschlag abgeschafft wird. Dafür werden wohl die Abgeltungsteuer abgeschafft und die Reichensteuer erhöht werden. Ferner zeichnet sich viel Einigkeit bei der Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer und bei der Erhöhung der Familienförderung ab. Schwieriger, aber nicht unmöglich, ist eine Anhebung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer. Die Inflationsindexierung des Einkommensteuertarifs ist trotz zaghafter Zustimmung wohl eher unwahrscheinlich. Die Abschaffung des Ehegattensplittings ist angesichts der Stärke der Unionsparteien unwahrscheinlich, genauso wie eine Verschärfung der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Insgesamt erwarten uns bei den Steuern einige Änderungen im System, aber keine Systemänderungen.

Auf der Ausgabenseite besteht überwältigende Einigkeit, dass mehr in die **Infrastruktur** investiert werden soll: bis auf die Wohngelderhöhung hat kein Projekt mehr Zustimmung quer durch die Parteien. Im Bereich der **Sozialversicherung** wird dagegen wohl wenig passieren. Es mag hier und da eine Wohltat verteilt werden – die Rentner sind ja inzwischen eine bedeutende Wählerschicht – große Reformen sind unwahrscheinlich. Am ehesten ist mit einer Ausweitung beziehungsweise Verbesserung der Altersteilzeit zu rechnen. Weit auseinander liegen die Positionen der Parteien auch bei der

Krankenversicherung, hier wird man sich wohl weiter durchwursteln.

Bildung und Forschung wird von fast allen Parteien als sehr wichtiges Aufgabenfeld anerkannt. Leicht kann man sich wohl darauf einigen, mehr Geld zur Förderung von Forschung und Entwicklung in die Hand zu nehmen. Viel könnte man (ohne nennenswerte Kosten) erreichen, wenn man sich auf einheitliche Bildungsstandards verständigt und sich dabei am höchsten Niveau orientiert. Ersteres scheint möglich zu sein, letzteres muss sich erst noch erweisen. Weitere Wohltaten wie die Erhöhung des Bafög oder die Abschaffung der KITA-Gebühren sind wahrscheinlich. Ob schließlich das Kooperationsverbot fällt, das Bundesfinanzhilfen in den Bereichen verhindert, in denen die Länder alleinige Gesetzgebungskompetenz haben, ist eher fraglich.

Wenig dürfte sich bezüglich des **Arbeitsmarktes** tun. Sehr breit sind die Bekenntnisse zum Mindestlohn, der gelegentlich auch erhöht werden soll. Auch die Leiharbeit wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, es zeichnen sich allenfalls leichte Modifikation hinsichtlich der Entlohnung ab.

Der Bereich **Wohnen** hat in diesem Wahlkampf eine besondere Bedeutung. Hier wollen alle Parteien Geld locker machen. Mietzuschüsse und Förderung für den Erwerb von Eigenheimen stehen hoch im Kurs. Etwas weniger populär, aber nicht ausgeschlossen sind Maßnahmen, die das Angebot an Wohnraum erhöhen. Diese wären aus unserer Sicht die eindeutig bessere Alternative, um die Wohnraumknappheit wirkungsvoll zu bekämpfen.

Hinsichtlich **europäischer Fragen** scheint die Einführung der Verteidigungsunion und eines Europäischen Währungsfonds wahrscheinlich. Obwohl viele Parteien positiv über Regelungen für Staatsinsolvenzen denken, so dass das Thema sogar auf Platz 22 (Abb. 3) landet, halten wir eine Initiative in diesem Feld aufgrund der Komplexität für eher unwahrscheinlich. Eurobonds wird es auch in der nächsten Legislaturperiode wohl kaum geben – unabhängig davon, wer regiert. Denn Eurobonds erfreuen sich bei den Parteien – wie auch in der Wahlbevölkerung – keiner Beliebtheit, das Thema landet auf dem siebtletzten Platz. Erfreulich ist das klare Bekenntnis zum Freihandel: trotz aller öffentlichen Debatten sehen die Parteien das Thema der Freihandelsabkommen als wichtig an – noch vor einer Erhöhung von Bafög oder Kindergeld.



Das Deutschland von morgen: Alles klar?

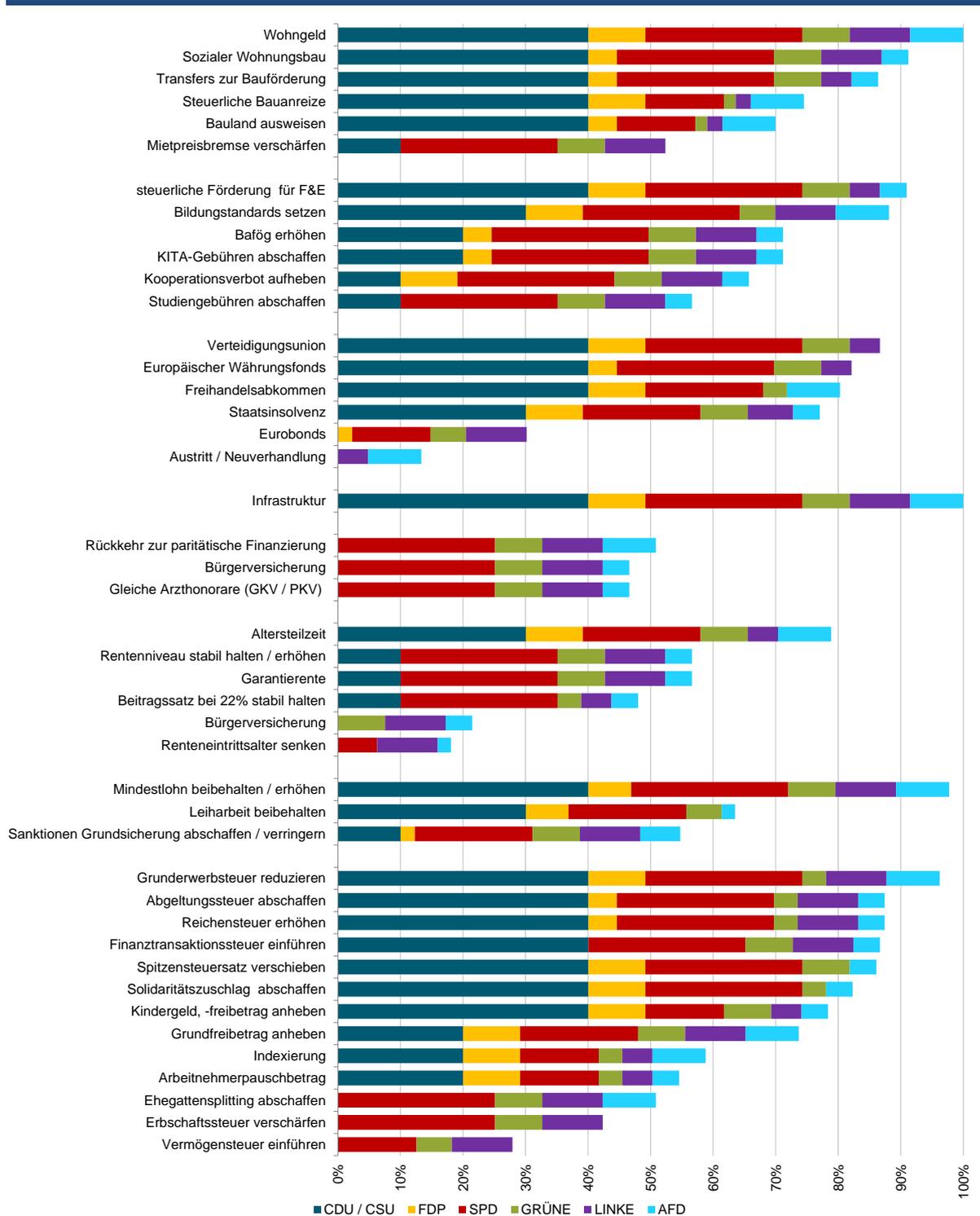
Das Obengenannte ist eine vorsichtige Abschätzung möglicher politischer Entscheidungen. Die gegenwärtige Reihung von Politikprojekten für die nächste Legislaturperiode mag sich auch in den kommenden Wochen mit wandelnden Umfragen noch ändern. Schließlich lehrt die Erfahrung, dass auf den Altären der Koalitionsverhandlungen dann auch noch viele Positionen geräumt werden. Man darf also nach den Wahlen mit Überraschungen rechnen.

Ein Trend deutet sich jedoch an: Insgesamt gehen wir zwar von einem Bündel an Maßnahmen aus, nicht je-

doch von großen Reformwürfen. Man darf mit milden Steuererleichterungen rechnen, vor allem aber höheren Ausgaben des Staates. Das ist politischer Normalbetrieb in einem Land, das eigentlich zufrieden mit sich selbst ist. Ob damit die ökonomische und gesellschaftliche Substanz Deutschlands langfristig zu sichern ist, entscheidet sich jedenfalls nicht in diesem Wahlkampf.



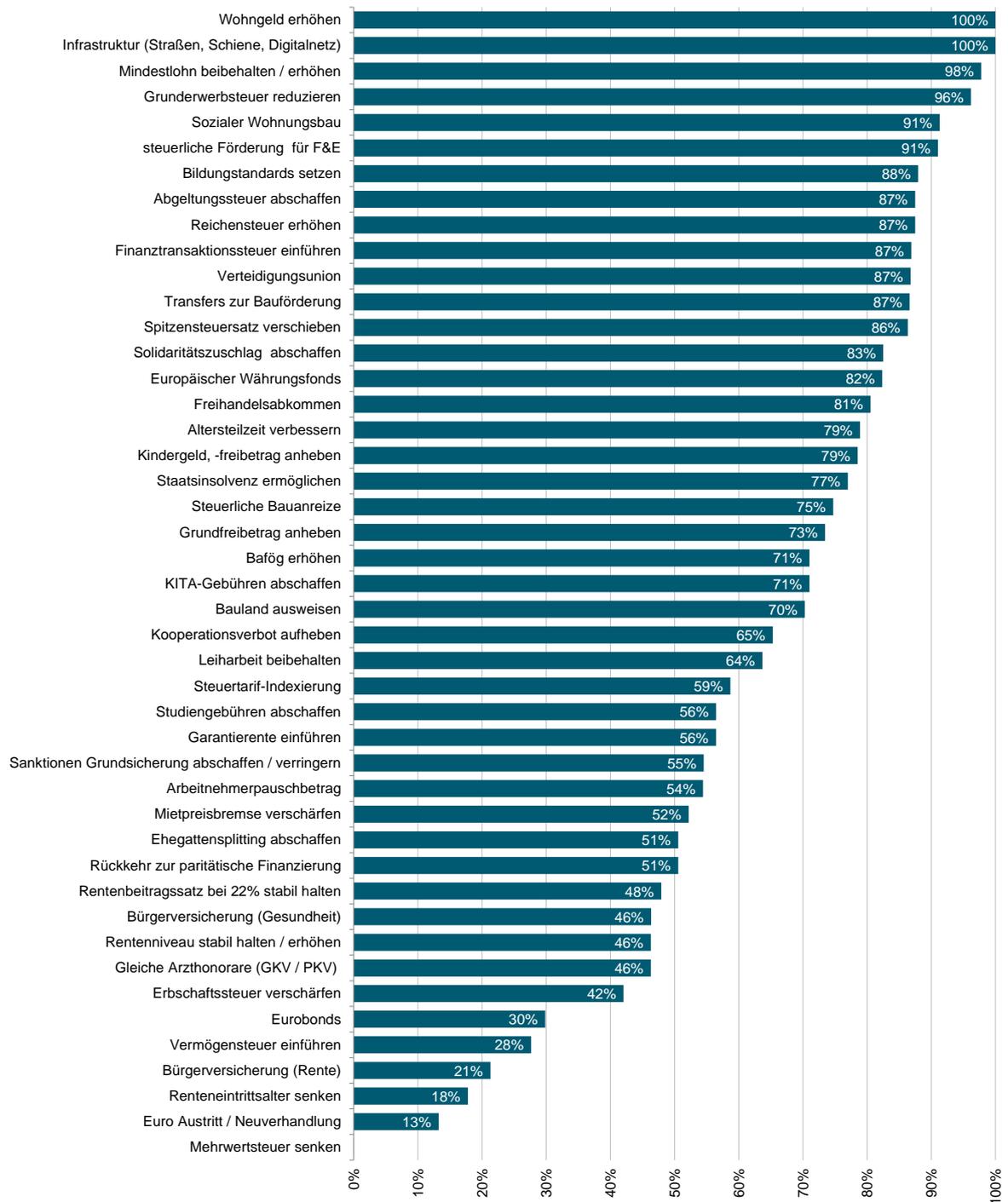
Abb. 2 Unterstützung von Maßnahmen durch die Politik in Deutschland: nach Parteien aufgliedert



Scoring nach Bestimmtheit der Themen in den jeweiligen Wahlprogrammen, gewichtet mit den Umfrageergebnissen der Parteien (Stand: Anfang August); Quellen: Wahlprogramme der Parteien, Wahlumfragen, DekaBank



Abb. 3 Unterstützung von Maßnahmen durch die Politik in Deutschland: Gesamtranking



Scoring nach Bestimmtheit der Themen in den jeweiligen Wahlprogrammen, gewichtet mit den Umfrageergebnissen der Parteien (Stand: Anfang August); Quellen: Wahlprogramme der Parteien, Wahlumfragen, DekaBank



Autoren:

Dr. Andreas Scheuerle
Tel.: (069) 7147-2736
andreas.scheuerle@deka.de

Impressum: <https://deka.de/deka-gruppe/impressum>

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellungen inklusive Einschätzungen wurden von der DekaBank nur zum Zwecke der Information des jeweiligen Empfängers erstellt. Die Informationen stellen weder ein Angebot, eine Einladung zur Zeichnung oder zum Erwerb von Finanzinstrumenten noch eine Empfehlung zum Erwerb dar. Die Informationen oder Dokumente sind nicht als Grundlage für irgendeine vertragliche oder anderweitige Verpflichtung gedacht, noch ersetzen sie eine (Rechts- und / oder Steuer) Beratung; auch die Übersendung dieser stellt keine derartige beschriebene Beratung dar. Die hier abgegebenen Einschätzungen wurden nach bestem Wissen und Gewissen getroffen und stammen (teilweise) aus von uns nicht überprüf-baren, allgemein zugänglichen Quellen. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen, einschließlich der rechtlichen Ausführungen, ist ausgeschlossen. Die Darstellungen inklusive Einschätzungen dürfen weder in Auszügen noch als Ganzes ohne schriftliche Genehmigung durch die DekaBank vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden.

Jeder Empfänger sollte eine eigene unabhängige Beurteilung, eine eigene Einschätzung und Entscheidung vornehmen. Insbesondere wird jeder Empfänger aufgefordert, eine unabhängige Prüfung vorzunehmen und/oder sich unabhängig fachlich beraten zu lassen und seine eigenen Schlussfolgerungen im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile und Risiken unter Berücksichtigung der rechtlichen, regulatorischen, finanziellen, steuerlichen und bilanziellen Aspekte zu ziehen. Sollten Kurse / Preise genannt sein, sind diese freibleibend und dienen nicht als Indikation handelbarer Kurse / Preise.